

Stand: 14.05.2024 16:27:18

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18573

"Gesellschaftliche Teilhabe für alle - Kostenlose Corona-Tests und Wiedergutmachung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/18573 vom 27.10.2021
2. Beschluss des Plenums 18/18640 vom 27.10.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 95 vom 27.10.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart, Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Markus Bayerbach, Ralf Stadler** und **Fraktion (AfD)**

Gesellschaftliche Teilhabe für alle – kostenlose Corona-Tests und Wiedergutmachung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, die Kosten für alle Arten von Corona-Tests (PCR-Tests, PCR-Schnelltests und Antigentests) für alle Einwohner Bayerns zu übernehmen. Die Kosten für alle bezeichneten Corona-Tests, welche den Einwohnern Bayerns seit dem 1. Oktober 2021 entstanden sind, werden den Betroffenen auf Antrag erstattet.

Begründung:

Der Antrag dient der Überwindung der gesellschaftlichen Spaltung in Bayern sowie der Minimierung der Folgen der Freiheitseinschränkungen für die Betroffenen und dem Infektionsschutz.

Angenommen alle Aussagen der Staatsregierung zur Coronapandemie seien korrekt, so wäre trotzdem die Kostentragung durch den Freistaat für alle Arten von Tests, der einzig sinnvolle und verfassungskonforme Weg, 3G fortzuführen. Die den Betroffenen bereits entstandenen Kosten sind bedingungslos zu erstatten.

1. Verhältnismäßigkeit von 3G

Auch unter der Prämisse, dass die 3G-Regelung geeignet ist, die Infektionslage positiv zu beeinflussen, wäre 3G nur verhältnismäßig, wenn die Testkosten vom Freistaat übernommen werden.

Die 3G-Regelung stellt unstrittig eine Freiheitsbeschränkung der ungeimpften Teile der Bevölkerung dar. Diesen wird mit dem Test und den damit verbundenen Kosten ein Mehraufwand und sogar ein Vermögensopfer für ihre Teilnahme am gesellschaftlichen Leben abverlangt. Dies wird ihnen auferlegt, obwohl sie selbst die Gefahrenlage – Coronapandemie – nicht verschuldet haben. Sie werden also als sogenannte Nichtstörer in Anspruch genommen (Prof. Dr. Murswiek, Rechtsgutachten vom 4. Oktober 2021: Freiheitseinschränkungen für Ungeimpfte, Die Verfassungswidrigkeit des indirekten COVID-19-Impfzwangs, S. 49 ff.). Die Entscheidung sich nicht impfen zu lassen, macht die ungeimpften Personen vorliegend auch nicht zu Störern durch Unterlassen, denn es gibt keine Pflicht sich impfen zu lassen. Eine solche wäre aber für eine Einstufung als Störer durch Unterlassen nötig. Zudem hat der Impfstatus auf die Fähigkeit einer Person, das Virus weiterzuverbreiten, nur beschränkt Einfluss.

Der Freistaat verweigert die Finanzierung der Tests für die gesamte Bevölkerung momentan mit dem Argument, dass es der Allgemeinheit nicht zuzumuten sei, die Kosten für Ungeimpfte bzw. deren Tests zu tragen. Ein etwaiger indirekter Impfzwang oder eine Erhöhung der Impfquote durch selbigen wäre weder verfassungskonform noch ist dies nach Ausführungen des Ministerpräsidenten, Dr. Markus Söder, Ziel der aktuellen Politik. So führte Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Rede im Plenum des Landtags am 1. September 2021 selbst aus: „Wir wollen keine Impfpflicht. Ich sage das ausdrücklich: Es wird keine Impfpflicht geben. Jeder sollte aber noch einmal nachhaken, nachdenken und überlegen, ob nicht jetzt der Zeitpunkt, sich impfen zu lassen gekommen ist. Wir machen niederschwellige Angebote vor Ort.“

Wer aber die Freiheit des Einzelnen ohne dessen Verschulden beschränkt, muss diesen dafür jedoch entschädigen bzw. dessen Mehraufwand tragen. Dies ist ein essenzieller Gedanke des Sicherheitsrechts. So sieht beispielsweise das Polizeiaufgabengesetz (PAG) in Art. 87 Abs. 1 eine grundsätzliche Entschädigung von Nichtstörern bei Inanspruchnahme durch den Staat vor. Dies ist keine Großzügigkeit des Staates, sondern basiert auf dem Gedanken, dass eine Inanspruchnahme des Nichtstörers ansonsten aus verfassungsrechtlicher Sicht unverhältnismäßig wäre. Nichts anderes darf hier gelten. Entgegen der Begründung der bisherigen Politik ist es nämlich nicht so, dass der Gemeinschaft die Kosten für eine Marotte des Einzelnen auferlegt werden, sondern im Gegenteil: Zurzeit werden dem Einzelnen die Kosten zum Schutz der Allgemeinheit auferlegt. Die Testpflicht schützt nämlich nicht den einzelnen Nichtgeimpften an sich, sondern die Allgemeinheit. Die Testung schützt logischerweise nicht davor, sich selbst zu infizieren, sondern soll verhindern, dass ein Infizierter andere ansteckt. Insoweit müssen die Kosten hierfür gemäß dem Rechtsgedanken des Art. 87 Abs. 1 PAG vom Freistaat übernommen werden.

2. Sozialstaatsprinzip

Gemäß Art. 3 Abs. 1. der Verfassung (BV) ist Bayern ein Sozialstaat. Der Verfassungsgerichtshof präzisiert dies wie folgt: „Der Sozialstaatsgrundsatz verpflichtet den Gesetzgeber zu verhüten, dass einzelne Gruppen oder Schichten wirtschaftlich unterdrückt oder schwer benachteiligt werden (VerfGH 21, 164/169; 26, 28/44; 28, 99/107; 37, 126/132; Meder, RdNr. 22 zu Art. 3).“ – BayVerfGH Urt. v. 04.08.1999 – Vf. 12-VII-97, BeckRS 1999, 22819 Rn. 31, beck-online). Nun widerspricht es diesem Grundgedanken allerdings zutiefst, die Personengruppe der Ungeimpften durch die teils erheblichen Kosten für die Tests vom öffentlichen Leben auszuschließen. Hiermit werden diese nicht nur benachteiligt, sondern beispielsweise durch den Ausschluss von wichtigen Veranstaltungen sogar wirtschaftlich unterdrückt. Möchte beispielsweise jemand bei Testkosten von 20 Euro pro Test dreimal die Woche am öffentlichen Leben teilhaben, so kostet ihn dies 240 Euro pro Monat. Ein Betrag der für Personen mit geringem Einkommen oder jene, die auf Hartz IV angewiesen sind, schlicht und ergreifend nicht aufzubringen ist. Wird die Teilnahme an jeder Art von öffentlichem Leben von den Finanzmitteln des Einzelnen abhängig gemacht, so ist dies ein klarer Verstoß gegen das Sozialstaatsprinzip. Dieses garantiert den Menschen doch gerade die gesellschaftliche Teilhabe unabhängig von Vermögen und sozioökonomischem Status.

3. Infektionsschutz

Zuletzt sollte auch bedacht werden, dass der Wegfall der Kostentragung für die Corona-Tests auch aus Infektionsschutzgründen eine Fehlentscheidung war. Die Anzahl der Testungen ist massiv zurückgegangen. Dies bedeutet, dass nun mehr unerkannt Infizierte im öffentlichen Raum, beispielsweise der U-Bahn oder Ämtern, unterwegs sind. Hierdurch erhöht sich die Wahrscheinlichkeit für eine Infektion in der Gesamtbevölkerung erheblich. Möchte man im Hinblick auf den kommenden Herbst und Winter weiterhin in der Lage sein, Infektionsketten nachzuverfolgen bzw. diese frühzeitig einzudämmen, muss es Ziel sein, die Testfrequenz so hoch wie möglich zu halten. Niemandem ist unabhängig von der eigenen Einschätzung zu Corona geholfen, wenn sich Infektionen nun unerkannt im nicht von 3G betroffenen Bereich ohne Testungen verbreiten. Zudem ist ebenfalls zu beachten, dass es auch keine Kostentragung der Tests für Geimpfte gibt. Es ist bekannt, dass es immer häufiger zu Impfdurchbrüchen kommt. Nun werden diese aber nicht mehr frühzeitig erkannt, da sich kaum ein Geimpfter, wenn er die Kosten dafür

selbst tragen muss und ansonsten auch keinen Grund sieht, testen lassen wird. Geimpfte können das Virus aber nach wie vor weiterverbreiten und selbst auch erkranken.

4. Erstattung der bereits angefallenen Kosten

Wie zuvor dargestellt, wäre die Kostenübernahme für die Corona-Tests aus verfassungsrechtlicher Sicht zur Wahrung der hypothetischen Verhältnismäßigkeit und zur Wahrung des Sozialstaatsprinzips zwingend notwendig gewesen. Insoweit sind die finanziellen Folgen für die Betroffenen vom Freistaat als Entschädigung zu tragen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart, Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Markus Bayerbach, Ralf Stadler** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/18573

Gesellschaftliche Teilhabe für alle – Kostenlose Corona-Tests und Wiedergutmachung

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Abg. Ralf Stadler

Abg. Albert Duin

Abg. Christina Haubrich

Abg. Dr. Beate Merk

Abg. Ruth Waldmann

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Susann Enders

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

**Fehler eingestehen - kostenlose Jedermann-Tests wieder einführen
(Drs. 18/18559)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)

Gesellschaftliche Teilhabe für alle - Kostenlose Corona-Tests und Wiedergutmachung (Drs. 18/18573)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Antigen-Schnelltests wieder kostenlos anbieten, vierte Corona-Welle unter Kontrolle halten (Drs. 18/18574)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Ich möchte Ihnen zunächst einmal kurz erklären, dass die Jedermann-Tests und Bürgertests zum 01.10. bzw. zum 11.10. eingestellt worden sind. Der Jedermann-Test ist ein bayerisches Konstrukt; das ist der PCR-Test. Wir haben in diesem Zusammenhang bei unserem Antrag nicht nur den Jedermann-Test, sondern zusätzlich auch den Schnelltest mit ins Auge gefasst; diese Tests sollen wiederaufgenommen werden.

Wir wollen diese Tests zurück. Natürlich kann man fragen, warum die Allgemeinheit – jeder hat ja ein Impfangebot – jetzt für diese Tests zahlen soll. Warum brauchen wir diese kostenlosen Tests jetzt? – Aktuell scheint es nicht unser Problem zu sein, es kann aber sehr schnell zu unserem Problem werden, wenn sich der aktuelle Trend so weiterentwickelt, wie es momentan der Fall ist. Wir werden dann auch sehr schnell wieder eine angespannte Situation in den Intensivstationen erleben, eventuell sogar, dass die Intensivstationen an die Belastungsgrenze kommen. Dies gilt es zu verhindern.

Es gilt, die 20 % ungeimpften Erwachsenen und ebenso unsere Kinder zu schützen, auch dann, wenn es für viele nicht nachvollziehbar ist, dass sich diese einzelnen Personengruppen nicht impfen lassen. Für uns besteht hier aber sehr wohl eine Verantwortung, und wir haben die ethische Verpflichtung dazu, auch diese Menschen zu schützen. Das kommt aber auch der Gemeinschaft zugute. Die kostenlosen Tests wären daher im Interesse aller und gut angelegtes Geld.

Die FDP hat sich bereits im August für die Fortführung der Bürger- und Jedermann-Tests ausgesprochen, und zwar über die Herbst- und Wintermonate hin. In den letzten drei Wochen ist von Woche zu Woche ein deutlicher Anstieg der PCR-positiv-Rate zu verzeichnen, von 59.000 auf 66.000 auf 94.000. Das bedeutet, wir sprechen von 42 %. Ich wiederhole: Es gab 42 % mehr positive PCR-Tests innerhalb einer Woche. Inzwischen ist auch jeder zehnte PCR-Test positiv. Derzeit kann keiner vorhersagen, wie sich die Pandemie weiterentwickeln wird. Fakt ist: Die Durchimpfung der Bevölkerung reicht noch nicht, um sicherzugehen, dass eine Überlastung des Gesundheitssystems und der Intensivstationen verhindert werden kann.

Wir wollen alle zurück zur Normalität und nicht wieder mit Einschränkungen leben müssen. Daher sollte es zunächst weiterhin kostenlose Jedermann-Tests geben, zumal Tests ein probates Mittel im Kampf gegen die Pandemie sind. Wir sprechen hier von einigen Monaten. Klar ist, dass die Tests nicht auf Dauer kostenlos sein können. Die Kostenpflicht kam aber zur falschen Zeit. Das Infektionsgeschehen wird so zuneh-

mend intransparent, und Treffen werden in den privaten Bereich verlagert. Nur durch ein flächendeckendes, kostenloses Testangebot können die Infektionsketten nachvollzogen und unterbrochen werden. Laut RKI liegen fünf Landkreise mit der höchsten 7-Tage-Inzidenz in Bayern. Ändern wir das! Wir werben weiter für das Impfen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist Abgeordneter Ralf Stadler von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident, werte Abgeordnete, besorgte Bürger! Im August stellte die AfD den Antrag "Die Kostenübernahme für Antigen-Schnelltests und PCR-Tests auch für die Zukunft garantieren". Zu der Zeit war nämlich schon bekannt, dass eine nicht zulässige Kostenpflicht für Ungeimpfte ab Oktober kommt. Dass auch dieser Antrag von allen Parteien, auch von der FDP, abgelehnt wurde, braucht man in diesem Haus gar nicht mehr zu erwähnen. Jetzt auf einmal fordern jedoch die liberalen Schnarchzapfen das, was sie vor drei Monaten abgelehnt haben.

Kennen Sie den Unterschied, wenn zwei Parteien wie die AfD und die FDP sich für die gleiche Sache einsetzen? – Setzen wir von der AfD uns für Freiheitsrechte ein, werden wir als Querdenker und Corona-Leugner bezeichnet. Oder noch schlimmer: Wir werden für die Corona-Toten verantwortlich gemacht. Genau das ist in diesem Hause passiert. Wenn die FDP jedoch einmal einen Fehler macht und auf das AfD-Trittbrett aufspringt, wird kurzum aus Hetze Liberalismus. Entgegen der FDP setzten wir uns schon für die Freiheitsrechte ein, wenn sie gefährdet sind, nicht erst, wenn der letzte Depp kapiert, dass da etwas verkehrt gelaufen ist. Das gilt natürlich nicht nur für die Corona-Politik, sondern auch für die Energiepolitik und ganz besonders für die Migrationspolitik. In diesen Bereichen waren wir etwas vorausschauender als alle anderen

Parteien in diesem Haus. Eigentlich tun mir nur die Bürger leid, die wegen eurer Unfähigkeit und Sturheit weiterhin belastet werden. Das muss auch einmal gesagt werden.

Jetzt zur Staatsregierung: Mittlerweile müsste bekannt sein, dass die tatsächliche Grundlage zur Umsetzung von Maßnahmen, die unser aller Grundrechte einschränken, nicht haltbar ist, nämlich die wissenschaftliche Feststellung, dass die gegen Corona geimpften Personen nicht mehr infektiös sind. Das fliegt Ihnen jetzt um die Ohren. Sie müssten eigentlich alle Leute testen, auch die Geimpften. Das können Sie jedoch den geimpften Bürgern nicht mehr glaubhaft machen. Die negativ getesteten Ungeimpften – früher hat man Gesunde gesagt – stecken sich jedenfalls nicht mehr an. Obwohl 66 % der Bürger doppelt geimpft sind, haben wir höhere Inzidenzwerte als letztes Jahr im Herbst. Das liegt wohl auch daran, dass vermutlich die Geimpften viele Menschen angesteckt haben. Möglicherweise verhalten sie sich durch den vermeintlichen Vollschutz sorgloser. Die kostenpflichtige Freitestung zwingt die Ungeimpften, sich impfen zu lassen oder sich ihre Freiheit mit teuren Tests zu erkaufen.

(Zurufe)

Normale Leute, die nichts falsch gemacht haben, werden von Ihnen stigmatisiert und in Haftung genommen. Wenn Sie die Bürger schon zu unnötigen Tests zwingen wollen, dann zahlen Sie es wenigstens. Grundrechte sind nicht verhandelbar, auch nicht mit einem Söder. Sie dürfen schon gar nicht von der finanziellen Ausstattung des Bürgers abhängen. Für die vorgeschriebenen PCR-Tests sind monatlich mindestens 500 Euro zu zahlen, nur damit gesunde Menschen wieder am Leben teilnehmen dürfen. Für die Antigen-Schnelltests kommen im Monat schnell 300 Euro zusammen. Das ist schlicht und ergreifend unverhältnismäßig. Dass Sie nicht zur Verfassungsmäßigkeit zurückwollen, sondern Ihre Macht behalten wollen, wissen wir. Aber die Bürger haben einen verfassungsmäßigen Anspruch darauf. Es ist keine Gnade des Staates, sondern Ihre Pflicht, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege Duin von der FDP-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Albert Duin (FDP): Herr Kollege Stadler, wir sind nicht die Schnarchzapfen. Im letzten Jahr haben alle Parteien, exklusive der AfD, darüber gesprochen, was wir tun können, um aus der Krise herauszukommen und mit der Pandemie umzugehen. Ihr habt noch schnarchzapfenhaft geschlafen, weil ihr die Existenz von Corona bestritten habt.

(Beifall bei der FDP)

Ralf Stadler (AfD): Herr Duin, ich weiß nicht, wo Sie dieses Hirngespinnst herhaben. Eines sage ich Ihnen: Geben Sie sich einen Ruck und stimmen Sie einem vernünftigen AfD-Antrag zu. Dann wären Sie etwas glaubhafter.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist Kollegin Christina Haubrich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Haubrich, bitte schön.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der rapide Anstieg der Inzidenzen in Bayern ist alarmierend. Auch wenn wir mit dem Hintergrund der Impfung mit einem differenzierten Blick auf die Inzidenzwerte schauen müssen, ist doch offensichtlich, dass wir Herbst und Winter nicht ohne eine klare und vorausschauende Pandemiestrategie bewältigen können. Nun stellt sich die Frage: Welche Rolle könnten und sollten die Schnelltests dabei spielen? – Es gab zwei Gründe, warum kostenlose Tests abgeschafft wurden, und zwar die hohen Kosten für die Steuerzahler und die Schaffung eines finanziellen Anreizes für die Impfung. Leider scheint sich der finanzielle Anreiz bislang nicht auf die Impfquote ausgewirkt zu haben. Diese hat sich in den letzten Wochen kaum erhöht und dümpelt in Bayern weiter auf einem zu niedrigen Niveau vor sich hin. Die Abschaffung der kostenlosen Bürgertests bedeutet auch eine deutlich erhöhte Hürde, sich testen zu lassen, egal ob man geimpft oder ungeimpft ist. Damit steigt wieder das Risiko, dass

mehr asymptomatische Infektionen unerkannt bleiben und die infizierte Person unwissentlich andere ansteckt.

Testen schützt nicht vor der Infektion. Wenn ich jedoch weiß, dass ich infiziert bin und mich in Isolation begeben, schützt das andere in meinem Umfeld eben doch. Sollten wir dieses Risiko angesichts der steigenden Inzidenzzahlen und Krankenhauseinweisungen anders bewerten als vor ein paar Wochen? – Ich denke schon. Wir brauchen jetzt eine gute Datengrundlage und müssen es für die Menschen so einfach wie möglich machen, auf Nummer sicher zu gehen und sich zu testen, bevor sie zum Beispiel die Oma besuchen oder auf eine Halloween-Party gehen. In ein paar Wochen werden die Weihnachtsmärkte starten, auf denen sich viele Menschen dicht drängen werden.

Bei den Antigen-Schnelltests kommt es allerdings auch sehr auf die Qualität der Tests und die Anwendung an. Geschichten von falschen Ergebnissen und unsachgemäß durchgeführten Tests kennen wir alle zur Genüge. PCR-Tests kann man nach wie vor bei Symptomen beim Hausarzt oder bei der Hausärztin machen lassen. Das sollte natürlich bleiben.

Für die Impfung müssen wir andere Anreize setzen und noch mehr versuchen, Bedenken und Fragen aus dem Weg zu räumen. Wir müssen auch kommunizieren, dass die Impfung zwar sehr gut vor schwerer Erkrankung schützt und die Infektiosität verkürzt und auch verringert, aber eine Infektion eben nicht ausschließt. Wir sehen beispielsweise in Alten- und Pflegeheimen wieder vermehrt Ausbrüche unter geimpften Bewohner*innen. Hier sollten wir besonders vorsichtig sein, vor allem solange viele ihre Auffrischungsimpfungen noch nicht haben.

Wir müssen uns auch fragen, welche Werkzeuge wir in diesem Herbst und Winter noch in unserem Werkzeugkasten haben. Viele Maßnahmen haben wir zu Recht für Geimpfte abgeschafft. Viele drastische Maßnahmen wollen wir wohl alle unbedingt vermeiden. Wir wissen, sie haben sich auf das Wohlbefinden vieler Menschen dramatisch ausgewirkt, besonders auf das Wohlbefinden der Kinder und der Jugendlichen.

Das Testen wieder auszuweiten, ist eine relativ einfache und auch zumutbare Maßnahme, die effektiv helfen kann, lokale Ausbrüche einzudämmen. Das gilt zumindest für die nächsten Wochen, in denen wir den R-Wert wieder dringend unter 1 bekommen müssen. Wir halten diese Maßnahmen deshalb für sehr sinnvoll und bitten, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Dr. Beate Merk von der CSU-Fraktion. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Dr. Beate Merk (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme die Sorgen der Kollegen, die mit den Anträgen der demokratischen Parteien verbunden sind, ernst. Genauso haben Sie sie auch vorgetragen. Ich muss allerdings sagen, wenn man, wie die AfD, einen Antrag mit Beleidigungen, mit Polemik und frech, dieses Hauses unwürdig vorträgt, dann muss man das anders sehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kollegen, ich muss das Politikern eigentlich nicht sagen, aber ziehen wir den Bogen vom ersten Auftreten dieser Krankheit, von der Sorge, dass wir eine neue Krankheit vor uns haben und nicht wissen, wie man damit umgeht, bis heute! All das, was der Staat getan hat, was er an Kosten übernommen hat, ist enorm. Ich nenne nur als Beispiel Maßnahmen, um Arbeitsplätze zu erhalten, wenn Betriebe nicht weitergeführt werden konnten. Gleiches gilt für vieles andere mehr, auch für die Testungen und für die Entwicklung von Impfungen und Ähnlichem. Das ist eine enorm hohe Summe. Wir alle wissen, dass das unsere Haushalte im Moment wirklich extremst anspannt. Vieles andere muss zurückgefahren werden, weil der Kampf gegen diese Krankheit so wichtig ist. Wir wissen auch, dass das Testen nicht die Lösung im Kampf gegen diese Krankheit ist. Es ist eine Brücke hin zur Lösung. Man muss nicht testen, wenn man zu Hause bleibt. Aber wenn man sich impfen lässt, dann hat man die Freiheiten sehr viel

einfacher und muss sich mit dem Testen nicht so auseinandersetzen. Das ist das ganz große Thema, mit dem wir momentan leben.

Wir haben die Möglichkeit, eine Impfung abzulehnen. Das ist unsere individuelle Freiheit. Das heißt aber noch lange nicht, dass der Staat dann jedes Mal darauf reagieren und uns das Geld oder die Tests hinterhertragen muss. So hat das auch der Bayerische Verfassungsgerichtshof im September dieses Jahres entschieden. Das brauche ich jetzt nicht zu zitieren.

Für uns ist besonders wichtig, dass wir hier nicht immer wieder damit konfrontiert werden, indem man Solidarität mit denen fordert, die die Möglichkeiten, die ihnen offenstehen, nicht nutzen, die die Impfungen nicht nutzen. Ich unterscheide hier sehr genau zwischen denen, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen können, und denen, die das nicht wollen, weil sie der Meinung sind, man braucht das nicht.

Ich verlange eine ganz andere Solidarität. Ich verlange die Solidarität mit denen, die es nicht können, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen können, und mit den Kindern, die keine Impfung bekommen können, weil sie noch zu jung sind. Ich mache mir auch sehr große Sorgen, was das bedeutet. In den USA könnte bald eine Corona-Impfkampagne für Kinder unter zwölf Jahren beginnen. Die Arzneimittelbehörde hat den Weg für eine endgültige Zulassung freigemacht, weil sich das Beratergremium der US-Arzneimittelbehörde für eine Notfallzulassung des Corona-Impfstoffs für Kinder zwischen fünf und elf Jahren ausgesprochen hat. – Eine Notfallzulassung für Kinder! Ich meine nicht, dass das der richtige Weg ist. Hier sollte doch die Solidarität bei den Erwachsenen greifen. Solidarität sollte bedeuten, dass sich die Erwachsenen zum Schutz der Kinder impfen lassen. Das ist doch das Thema.

(Beifall bei der CSU)

Das Mittel gegen Corona heißt Impfung. Diese Impfung ist kostenlos. Ich sehe es als eine gesellschaftliche Aufgabe an, wenn möglich die Errungenschaften unserer medizinischen Unternehmen zu nutzen, und zwar auch zum eigenen Wohl. Das bedeutet

nicht nur, dass eine Erkrankung dann nicht so stark sein kann, sondern das bedeutet auch, dass eine Post- oder eine Long-COVID-Erkrankung, also die Spätfolgen durch diese Impfung abgemildert werden. Das sind die wesentlichen Punkte.

Ich sage es deshalb noch einmal: Es ist unsere Aufgabe, uns aus Solidarität impfen zu lassen. Das ist gelebte gesellschaftliche Solidarität im Kampf gegen Corona. Deswegen sage ich: Wir lehnen es ab, dass der Staat weiterhin mit der prall gefüllten Geldbörse dasteht und jedem, der diese Möglichkeiten nicht nutzen möchte, das Geld dazu gibt. Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist der falsche Weg. Deshalb sagen FREIE WÄHLER und CSU Nein zu Ihren Anträgen, aber wie gesagt, mit großer Seriosität zu den Anträgen der Kollegen aus den demokratischen Parteien.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch eine kleine Bemerkung. Wir haben zwar immer mehr Normalität, was bei unseren Plenarsitzungen aber immer noch fehlt, das sind die Stenografinnen und Stenografen vor dem Rednerpult. Sie machen ihre Arbeit im Hintergrund. Ich denke, das machen sie vorzüglich, und ich glaube, wir sollten ihnen einmal einen Applaus von hier hinüberschicken.

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Bei der Abschaffung der Kostenfreiheit dieser Tests handelt es sich um einen gemeinsamen Beschluss von Bund und Ländern, von der Ministerpräsidentenkonferenz. Mir ist nicht bekannt, dass Länder mit Beteiligung der FDP oder der GRÜNEN ausgeschert wären, im Gegenteil. Ich habe eine Pressemitteilung der FDP vom 23. Juli 2021 gefunden, in der es heißt: FDP fordert Ende der kostenlosen Corona-Tests. – Das muss man vielleicht noch einmal zugrunde legen.

Nun zur Sache: Es ist nicht so, dass es keine Tests mehr gäbe, und schon gar nicht so, dass es keine kostenlosen Tests mehr gäbe. Es gibt ein umfangreiches Paket von Ausnahmen, bei dem wirklich an fast alle gedacht wird, die das betrifft, damit sie auch weiterhin kostenlos getestet werden können. Weil das offenbar nicht allen bekannt ist, will ich das noch einmal kurz ansprechen.

(Unruhe)

– Ist etwas mit dem Ton? Ist es zu laut? Bin ich zu laut?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, den Geräuschpegel etwas zu senken.

Ruth Waldmann (SPD): Also: Man kann auch weiterhin kostenlos mit PCR-Tests getestet werden, wenn der Schnelltest positiv ausgefallen ist. Das gilt übrigens auch für die Selbsttests. Die kann man mit PCR überprüfen lassen. Wörtlich heißt es beim Bundesgesundheitsministerium dazu: "Von dieser Möglichkeit sollte unbedingt Gebrauch gemacht werden." – Außerdem soll man sich vorsichtshalber schon einmal selbst isolieren. Personen mit Kontakt zu einem Infizierten können kostenlos einen PCR-Test machen lassen, also alle Mitglieder des Haushalts, Personen mit engem räumlichem Kontakt in Job oder Freizeit und auch alle, bei denen die Corona-Warn-App auf "Erhöhtes Risiko" gesprungen ist; das ist ja noch nicht einmal die schlimmste Warnstufe. Alle diese Personen können weiterhin einen kostenlosen PCR-Test machen lassen. Außerdem kann sich testen lassen, wer sich in den letzten 14 Tagen in einer Einrichtung aufgehalten hat, in der eine infizierte Person festgestellt wurde. Damit sind gemeint: Schulen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Kitas, Asylbewerberheime, Obdachlosenunterkünfte, Krankenhäuser, Reha-Einrichtungen, Pflegeeinrichtungen von Menschen mit Behinderung, Dialysezentren, ambulante Pflegeeinrichtungen, Hospiz- und Palliativdienste, Arzt- und Zahnarztpraxen

sowie andere medizinische Heilkundepraxen. Wenn man dort innerhalb der letzten 14 Tage auf einen Infizierten gestoßen ist, kann man einen kostenlosen PCR-Test machen lassen.

Was den Antrag der GRÜNEN angeht: Bis zum 31. Dezember gibt es zusätzlich kostenlose Schnelltests einmal in der Woche für Minderjährige, Schwangere und Stillende und natürlich für Menschen, die nicht geimpft werden können. Menschen in Quarantäne können sich kostenlos testen lassen, wenn der Test zur Beendigung der Quarantäne nötig ist. Studierende aus dem Ausland, die mit einem Impfstoff geimpft sind, der hier nicht zugelassen ist, also zum Beispiel mit Sputnik, können sich kostenlos testen lassen. Es ist also großzügig an alle gedacht, die nichts dafürkönnen, dass sie einen Test brauchen.

Wir haben ja auch gesehen, dass die kostenlosen Jedermann-Tests teilweise zu Wildwuchs geführt haben. Nicht wenige haben für sich ein Geschäft daraus gemacht. Wir haben vor einem Jahr auch kritisiert, dass die Labore bei den vielen PCR-Tests überlastet waren. So viele werden es jetzt nicht sein.

Wichtiger ist mir aber noch dies: Wir müssen das stärkere Augenmerk auf die Impfungen richten. Bei diesem großen Angebot an kostenlosen Tests bleiben jetzt nur noch diejenigen, die Tests selber zahlen müssen, übrig, die sich gegen die Impfung entschieden haben. Wir wissen und werden nicht müde zu betonen, dass man mit einer Impfung nicht nur sich selbst, sondern auch andere schützt. Tests können Infektionen nur feststellen, Impfungen können sie verhindern. Deswegen sind die Impfungen das wichtigere Projekt, das wir hier vorantreiben müssen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Dr. Spitzer für die FDP-Fraktion vor. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrte Kollegin Waldmann, es ist alles richtig, was Sie machen. Ihre Aufzählung passt. Aber ich habe ja nicht umsonst erwähnt, dass wir innerhalb von zwei Wochen einen Anstieg von 59.000 auf 94.000 positive Tests haben und allein in einer Woche eine Steigerung um 42 %. Ich möchte nicht schwarzmalen, aber wenn eine nur geringe Progredienz dieser Entwicklung stattfindet, dann kann es uns nur gut zu Gesichte stehen, wenn wir tatsächlich PCR- und Schnelltests wieder kostenfrei machen.

Ruth Waldmann (SPD): Es geht ja nicht darum, ob man Tests macht oder nicht, sondern darum, wer sie bezahlt und ob jetzt die Allgemeinheit für alle die mitbezahlt, die sich gegen die Impfung entschieden haben, oder eben nicht. Die Ausnahmetatbestände sind wie beschrieben großzügig genug. Es wird ja weiterhin getestet, und das ist auch nötig. Wir werden auch die 3G-Regel weiter ausweiten müssen. Natürlich müssen wir das Infektionsgeschehen im Blick haben. Aber dazu dient, glaube ich, das Kostenlos-Machen nicht. Mit den nicht mehr kostenlosen Tests sind ja auch diese ganzen Infektionen festgestellt worden.

Noch einmal: Das absolut Dringendere ist das Impfen; denn das hilft tatsächlich gegen Corona. Das Testen ist nur zum Feststellen im Nachhinein; das ist auch wichtig, aber eine Krücke. Wir müssen wirklich alle noch einmal dazu einladen und darauf hinweisen, dass die Impfung einfach das Einzige ist, was uns wirklich aus dieser Pandemie herausbringt.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, dass die Situation mit der Kostenfreiheit, dass der Freistaat jetzt das zahlt, was vormals der Bund gezahlt hat, nicht besser wird.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist für die FREIEN WÄHLER die Kollegin Susann Enders. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! "Fehler eingestehen – kostenlose Jedermann-Tests wieder einführen" ist die Überschrift des FDP-Antrags. Der Test ist ein wichtiges Instrument im Kampf gegen Corona, für ein Leben auch mit Corona. Davon bin ich persönlich überzeugt. Die aktuelle gesetzliche Regelung besagt, dass am 11. Oktober die vom Bund finanzierten Jedermann-Tests ausgelaufen sind. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte ja der Bund die Kosten auch für die Bürgertests übernommen. Gleichwohl sind weiterhin Tests für alle möglich, für einige Personengruppen auch nach wie vor kostenfrei. Das sind zum Beispiel Kinder unter 12 Jahren, Schwangere und Stillende, Personen, die nachweislich infiziert sind, vorerkrankte Menschen, die sich nicht impfen lassen können. Ich sage es noch einmal: Kostenpflichtige Testmöglichkeiten bestehen nach wie vor für alle.

Ich sage an dieser Stelle auch ganz offen, dass ich es zwar nachvollziehen kann, aber auch sehr bedauerlich finde, wie im Bund entschieden wurde. Ich unterstelle aber dem Bund einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuermitteln. Die Finanzierung des Testangebotes zu beschneiden, ist sicherlich streitbar: Ein Test ist in vielen Fällen sinnvoll, egal ob geimpft oder nicht geimpft; denn die Impfung schützt vor schweren Verläufen, garantiert aber nicht, dass der Geimpfte nicht trotzdem zur Infektionsquelle wird.

Meine Damen und Herren, Demokratie ist der Wettstreit der Ideen. Daher respektiere ich die Entscheidung der Bundesregierung. Wir lehnen den Antrag der FDP ab und auch die Nachzieher der AfD und der GRÜNEN.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, auch bei Ihnen liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor, ebenfalls vom Kollegen Dr. Spitzer von der FDP-Fraktion, dem ich hiermit das Wort erteile.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrte Frau Enders, wir hatten ja hier im Landtag den einen oder anderen positiven Fall, und man hat hier – schwupp – wieder mit großflächigen Testangeboten begonnen. Bei der Bevölkerung scheint es nicht so wichtig zu sein. Oder warum macht man dann jetzt zum Beispiel in Hotspots nicht diese Angebote?

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Herr Dr. Spitzer, wie Sie an meinem Votum und auch an meiner Rede erkennen können, haben wir innerhalb der bayerischen Koalition keine Mehrheit für die Weiterführung der kostenfreien Tests gefunden. Ob wir beide das jetzt gut oder andere Varianten besser finden, das ändert in dem Fall nichts an der Tatsache, dass wir hier diesen Antrag ablehnen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

(Unruhe)

– Ich bitte um etwas mehr Ruhe im Saal. – Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/18559 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FDP und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die SPD-Fraktion sowie die fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag hiermit abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/18574 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich

nehme an, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN? – Ja, dem ist so. Gegenstimmen! – SPD-Fraktion, Fraktion der FREIEN WÄHLER, CSU-Fraktion, AfD-Fraktion sowie die fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion. Dann ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich noch abstimmen über den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Gesellschaftliche Teilhabe für alle – kostenlose Corona-Tests und Wiedergutmachung" auf der Drucksache 18/18573. Hierzu ist namentliche Abstimmung beantragt. Die Abstimmung wird elektronisch durchgeführt. Verwenden Sie bitte das Abstimmungsgerät. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 16:39 bis 16:42 Uhr)

Meine Kolleginnen und Kollegen, hat jeder hier im Saal abgestimmt? – Wenn dem so ist, dann schließe ich hiermit die Abstimmung. Das Abstimmungsergebnis wird später bekannt gegeben.

(Unruhe)

Ich möchte Sie bitten, wieder Platz zu nehmen und für den nächsten Tagesordnungspunkt wieder etwas leiser zu sein.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(...)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Zwischendurch gebe ich jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Gesellschaftliche Teilhabe für alle – kostenlose Corona-Tests und Wiedergutmachung" auf Drucksache 18/18573 bekannt: Mit Ja haben 14 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 138 Abgeordnete gestimmt, Stimmenthaltungen: null. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 27.10.2021 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion AfD; Gesellschaftliche Teilhabe für alle - Kostenlose Corona-Tests und Wiedergutmachung (Drucksache 18/18573)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adje Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus	X		
Becher Johannes		X	
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal		X	
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian			
Dr. Büchler Markus		X	
Busch Michael			
Celina Kerstin		X	
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian		X	
Demirel Gülseren		X	
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Englhuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang			
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander			
Flisek Christian			
Franke Anne		X	
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick		X	
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Tessa			
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard	X		
Grob Alfred		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin			
Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina		X	
Henkel Uli	X		
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hierneis Christian		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd			
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans		X	
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Winhart Andreas			
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	14	138	0